

Jahresbericht 2013/2014 der Amadeu Antonio Stiftung

Einleitung

Die Amadeu Antonio Stiftung befindet sich in einer Phase thematischer Verdichtung innerhalb ihrer drei Kernaufgaben: für demokratische Kultur Öffentlichkeit herstellen, innovative Projekte durchführen und Initiativen fördern.

Öffentlichkeitsarbeit – Ermutigen

Die Stiftung ist im Diskurs über Rechtsextremismus und demokratische Kultur auf vielen Ebenen und durch unterschiedliche Medien präsent und wirkt hier auch meinungsbildend. Im vergangenen Jahr hat sie daneben intensiv in die parlamentarische Öffentlichkeit in Bund und Ländern gewirkt um Abgeordnete der demokratischen Parteien dafür zu sensibilisieren, nach dem Staatsversagen um den NSU, die notwendigen gesellschaftspolitischen Schlüsse zu ziehen. Die Amadeu Antonio Stiftung hat Wahlkampf und Regierungswechsel begleitet und beginnt nun, die neue Regierung in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus zu beraten.

Nach den heftigen Auseinandersetzungen über die bisherige Politik des Bundesfamilienministeriums besonders um die „Extremismusklausel“ und den Ereignissen um das Versagen um den NSU ist öffentlich deutlich geworden, dass hier ein Perspektivwechsel nötig ist. Die Tatsache, dass mit Frau Schwesig das Thema resortiert und damit auch bei einer Ministerin mit Erfahrung beim Thema Rechtsextremismus aus einem ländlichen Bundesland, ist auch ein Erfolg der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Das Bundesfamilienministerium hat begonnen mit dem neuen zuständigen Referatsleiter die Leitlinien für die Programme zu entwickeln. Eine Mittelerhöhung für die Programme kann hoffentlich 2016 im Bundeshaushalt erfolgen. Deutlich ist jedoch schon jetzt, dass die Bundesmittel die Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen durch die Sitzung nicht ersetzen wird.

Die öffentliche Debatte nach dem Fall NSU hat jedoch insgesamt nicht dazu geführt, dass es einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in Deutschland im Themendreieck Integration, Rechtsextremismus und Rassismus gegeben hätte, wie dies im Vergleich in Großbritannien nach einem rassistischen Mord an einem schwarzen Jugendlichen geschehen war. Nach Einschätzung der Amadeu Antonio Stiftung bedeutet dies, dass Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik noch längst nicht an einem Punkt angekommen sind, die Einwanderungsgesellschaft als politische Tatsache zu sehen und entsprechend ihre Institutionen, ihre Werte und Gesetze darauf einzurichten. Das bedeutet, dass die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung hier deutlicher, innovativer und stärker werden muss. Einen besonderen Schwerpunkt setzt die Stiftung deswegen auf den 10. Jahrestag des Nagelbombenanschlages des NSU in Köln, wo die Stiftung in einem Aktionsbündnis mit vielen lokalen Gruppen und der stern-Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“ über 80.000 Besucher zu einem Konzert und einem Wochenende voller Veranstaltungen in Köln erwartet. Zudem wird die Stiftung in einer Buchveröffentlichung den Anschlag in Köln und die Vorgeschichte mit den Anschlägen in den 90er Jahren thematisieren.

Operative Arbeit – Beraten

Insgesamt hat sich die thematische Schwerpunktsetzung in der operativen Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung mit den vier Schwerpunkten bewährt und als besonders innovativ und für die Zukunft wichtig herausgestellt: 1. Arbeit mit Jugendlichen im Internet und in den sozialen Netzwerken gegen Nazis und hate speech, 2. Gender und Rechtsextremismus, 3. Moderner Antisemitismus und 4. Rechtsextremismus im ländlichen Raum.

Die eigenen Projekte der Amadeu Antonio Stiftung haben thematisch und qualitativ weiter an Kontur gewonnen. So ist bildet sie hier Standards aus, die für andere Projekte wegweisend sind. Aus dem Projekt „Lola für Lulu“ ist ein systematisches Nachdenken über das Thema Gender und Rechtsextremismus geworden, das zu innovativer Praxis geführt hat. Daraus entstand wiederum die Fachsteller Gender und Rechtsextremismus bei der Amadeu Antonio Stiftung.

Ähnlich ist die Entwicklung beim Thema Antisemitismus und GMF. Ausgehend von langjähriger Praxis rund um die Aktionswochen gegen Antisemitismus, entstand das Projekt „Ju:An“, das sich mit dem Binnenverhältnis von Rassismus und Antisemitismus, sowie mit Querfronten beschäftigt und pädagogische Lösungen für die Jugendarbeit im Kontext einer Einwanderergesellschaft entwickelt. Im virtuellen Raum wird aus dem Projekt „no-nazi-net“, das sich auf Nazis in den sozialen Netzwerken konzentriert hat die Fachstelle „re//hate“, die sich mit GMF im Internet in seinen jeweils jugendaffinen Formen beschäftigt. Die Entwicklung gebietet hier, den Fokus über Rechtsextremismus hinaus zu legen, denn Hass im Netz geht auch immer häufiger von anderen Gruppen aus, die nur lose mit dem Rechtsextremismus verbunden sind. Es geht um die Zukunft einer Kultur im Netz, die sich an den Prinzipien der Gleichwertigkeit orientiert.

Die Erfahrungen aus der Arbeit im ländlichen Raum fließen dimensionär in alle anderen Projekte ein und schließen direkt an die Förderpraxis der Stiftung an. Neu ist das Projekt „Aktion Schutzschild“, dessen Ziel es ist in gefährdeten Regionen ankommende Flüchtlinge vor Angriffen, Brandanschlägen und Pogromen zu schützen. Die Amadeu Antonio Stiftung arbeitet dabei bundesweit, entwickelt eine Topographie der Unterstützungsstrukturen und wird dort aktiv, wo es keine gibt. Dieses Projekt ist notwendig, da nach wie vor Flüchtlingsheime angegriffen werden. Die Bundesrepublik wird zukünftig mit steigenden Flüchtlingszahlen rechnen und die Aufgabe der Amadeu Antonio Stiftung ist es, hier unmittelbar Unterstützung bei der Bevölkerung zu wecken und eine Negativspirale von Abwehr und Gewalt wie in den 1990er Jahren zu verhindern. 2014 wird die Stiftung zudem weitere Schwerpunkte im ländlichen Raum durch die Veröffentlichung zweier Recherche publikationen setzen, die sich Strategien des Rechtsextremismus zur Verankerung im ländlichen Raum widmen: „Reichsideologen“ und „Völkische Siedler“.

Bei den weiteren Themen Kinderrechte und Bürgerstiftungen arbeitet in der Amadeu Antonio Stiftung derzeit vor allem in Gremien und in Kooperation mit der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark, in denen sie für die Standards sorgt, die explizit auf Gleichwertigkeit in der Einwanderungsgesellschaft gerichtet sind.

Förderpraxis – Fördern

Die Amadeu Antonio Stiftung hat mit ihrer Themensetzung in den öffentlichen Debatten und in ihrer Projektwirklichkeit stark Einfluss genommen auf die Szene von Initiativen und Projekten in Deutschland. Da die Förderung kleiner Projekte immer auch mit Beratung einhergeht ist die Qualität der beantragten Projekte sehr viel höher geworden. Das Vertrauen der Träger in die Stiftung zeigt sich auch in ihrer Bereitschaft zu Innovation. Die Amadeu Antonio Stiftung ist auch hier eine gute und ermutigende Partnerin. Die Anzahl der geförderten Projekte ist erheblich gestiegen und sie ergänzen die Intensionen der Amadeu Antonio Stiftung für eine demokratische Alltagskultur und ihre entsprechenden fachlichen Schwerpunkte auf produktive Weise. Durch die Erhöhung der Spenden für die die Stiftung sich den Spendern in besonderer Verantwortung auch der Information gegenüber den geförderten Projekten sieht, ist es gelungen hier auch Kontinuitäten herzustellen, die in einigen Regionen gesellschaftspolitisch prägend geworden sind.

I. Ermutigen

Netz gegen Nazis

Die Erfolgsgeschichte des Portals „Netz gegen Nazis –Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus“, das nun im siebten Jahr existiert, ist beständig: Die Zugriffszahlen der Seite wachsen (Besucher pro Monat im Schnitt: 2012: 107.000, 2013: 130.000) und auch die Präsenzen in den Sozialen Netzwerken gedeihen (aktuell: Facebook: 68.000, Twitter: 10.000, Wer-kennt-wen.de: 360.000, Jappy: 19.000). Im Juni 2013 trug ein kleiner Relaunch dazu bei, dass das Portal moderner aussieht und Inhalte fokussierter dargestellt werden können. Weiterhin fragen Leserinnen und Leser – darunter auch viele Journalist/innen sowie Jugendbildner/innen und andere Multiplikator/innen - Hintergrundberichten und Servicetexte zum Thema Rechtsextremismus stark nach.

Am beliebtesten sind Berichte über neue Phänomene in der rechtsextremen Szene und ihre strategische Widerspiegelung im Internet und in den Sozialen Netzwerken. Hier kommt die Zusammenarbeit der journalistischen Plattform mit dem Jugendprojekt „no-nazi.net“ zum Tragen, in dessen Rahmen ein intensives Monitoring rechtsextremer Aktivitäten im Web 2.0 betrieben werden kann.

Netz gegen Nazis wird über die Freudenberg Stiftung finanziert, die auch no-nazi.net mit unterstützt.

no-nazi.net

Das Jugendprojekt no-nazi.net erlebte 2013 sein drittes Jahr und ist 2014 aktuell bis in den Juli über eine Förderung des Bundesfamilienministeriums gesichert. Verhandlungen über seine Fortführung beziehungsweise eine Verstetigung laufen, sind aber (auch) aufgrund des noch nicht erlassenen Haushaltes der Bundesregierung noch nicht beschlossen. Es gibt allerdings begründete Hoffnung, dass es für dieses innovative Projekt zu Präventions- und Bildungsmöglichkeiten über Soziale Netzwerke weitergeht. Zudem erfreut sich no-nazi.net regen Zuspruchs über die Sozialen Netzwerke (aktuell werden über 9.000 Jugendliche über unsere Gruppen bei Facebook, Wer-kennt-wen.de, Jappy, Twitter und Google+ erreicht). Auf dem no-nazi.net-Projektblog werden derzeit neue Schwerpunkte geschaffen:

Dossiers fassen bisherige Themenschwerpunkte übersichtlich zusammen. Neu kommen dazu erklärende Grafiken, die ein besonderer viraler Erfolg sind, das heißt, in den Sozialen Netzwerken sehr viel geteilt werden, weil sie so vielen Menschen gefallen, sowie Videobeiträge u.a. zu Themenschwerpunkten wie „Rechtsextreme Hetze gegen Flüchtlinge.“

Sehr erfreulich entwickelte sich die Zusammenarbeit mit den Betreiber/innen Sozialer Netzwerke, was die no-nazi.net-Expert/innen als besonders wirksame Maßnahme für eine dauerhafte Verbesserung einer demokratischen Kultur im Internet ansehen. So

wurde no-nazi.net Partner des Google-Sicherheits-Centers, es gab Mitarbeiter/innen-Schulungen u.a. für Knuddels und YouTube sowie gemeinsame Aktionen, etwa auf wkw zur „Internationalen Woche gegen Rassismus“.

Auch offline sind Ergebnisse des Projektes zugänglich: 2013 erschienen im Projekt zwei Broschüren: „Liken. Teilen. Hetzen. Neonazi-Kampagnen in Sozialen Netzwerken“ wendet sich speziell an Jugendliche (und war in der Erstauflage innerhalb von vier Wochen vergriffen). Die Pocket-Broschüre „Viral Hass. Rechtsextreme Kommunikationsstrategien im Web 2.0“ erschien im Dezember 2013 und fasst wesentliche Erkenntnisse kompakt im Hosentaschenformat zusammen.

So viel gute Arbeit blieb auch der Außenwelt nicht verborgen, und so freuten sich Netz-gegen-Nazis.de und no-nazi.net gemeinsam über den „klicksafe Preis für Sicherheit im Internet“, der den Plattformen im Juni verliehen wurde. Außerdem gab es eine „Besondere Anerkennung“ beim „Dieter Baacke Preis für Medienpädagogik“ und eine Nominierung beim „CIVIS Medienpreis für Integration und kulturelle Vielfalt“.

Die Stiftung dankt dem Bündnis für Demokratie und Toleranz, der Bosch Stiftung sowie google für die Unterstützung, Förderung und herausragende Kooperation bei No-nazi.net.

Fußball gegen Nazis

Nach dem erfolgreichen Start 2012 erfreute sich das Netz-gegen-Nazis.de-Spinoff „Fußball-gegen-Nazis.de“, das sich speziell mit dem Thema „Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Fußball“ auseinandersetzt, im Jahr 2013 eines großen Interesses, das sich unter anderem in 1.800 Fans auf Facebook und fast 1.000 Followern auf Twitter spiegelt. Leider ließ sich allerdings trotz intensiver Bemühungen keine längerfristige Finanzierung der Website und der einen, sie betreuenden Stelle erreichen. Aktuell wird die Website von Netz-gegen-Nazis.de mitbetreut, worunter zwar weniger die Qualität, aber doch die Aktivität deutlich leidet.

Wir danken der Zeit Stiftung für die Anschubfinanzierung des Portals.

Mut gegen rechte Gewalt

Die *stern*-Kampagne „Mut gegen rechte Gewalt“ soll Menschen ermutigen und fördern, sich gegen rechte Gewalt zu engagieren. Im Jahr 2013 wurden verschiedene Projekte gefördert, die dem Ziel der Ermutigung und Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft entsprechen. Die Fördersumme von 38.864,80 € (Stand 31.12.2013) ging überwiegend an jugendkulturelle Projekte im gesamten Bundesgebiet, sowie an die Aussteigerorganisation EXIT-Deutschland.

Neben der Projektförderung bildet das Internetportal www.mut-gegen-rechte-gewalt.de den zweiten Schwerpunkt der MUT-Aktion. Hier wird tagesaktuell über gute Aktionen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus berichtet. Die Zugriffszahlen liegen, ähnlich wie im Vorjahr, im Bereich von rund 100.000 Klicks im Monat. Es ist festzustellen, dass die Besucherinnen und Besucher überwiegend über Facebook auf die Webseite gelangen.

Ein Blick in die Statistik des Internetportals zeigt, dass vor allem das Lexikon (<http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/lexikon>) von den Usern genutzt wird.

Seit 2013 ist der inhaltliche Schwerpunkt der Seite, Menschen zu ermutigen sich gegen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu engagieren. Ein Fokus liegt hier vor allem auf Artikeln über „Best Practice“-Projekte, die zum Nachahmen animieren sollen sowie interessante Buch – Tipps beziehungsweise Berichte über neuerschienene Handreichungen. Im Jahr 2014 soll die Präsenz in den sozialen Netzwerken optimiert und weiter ausgebaut werden.

Im Fokus der Berichterstattung steht 2014 insbesondere die dreitägige Veranstaltung in Köln: Im Juni 2014 jährt sich zum zehnten Mal der Tag, an dem rechtsextreme Terroristen ein im vereinigten Deutschland beispielloses Attentat verübten. Mitglieder des selbsternannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zündeten vor dem Friseursalon Özcan in der Keupstraße eine Nagelbombe. 22 Menschen wurden verletzt, vier davon schwer. Dass es keine Tote gab, grenzt an ein Wunder. Denn die Explosionskraft der mit über 700 Zimmermannsnägeln bestückten Bombe hätte ausgereicht, um Dutzende Menschen in den Tod zu reißen. Erst sieben Jahre später wurde bekannt, dass die Terroristen nicht nur diesen Anschlag ausführten, sondern nach heutigem Erkenntnisstand bereits im Januar 2001 einen Sprengstoffanschlag auf ein iranisches Lebensmittelgeschäft in der Keupstraße verübten und in einer brutalen Mordserie von 2000 bis 2007 zehn Menschen töteten.

Jetzt, zehn Jahre später, hat sich ein einmalig breites Bündnis mit dem Titel „Birlikte – Zusammenstehen“ aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft zusammengeschlossen, um gemeinsam an die Opfer des rechten Terrors zu erinnern. Die Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“ ist Mitorganisator und berichtet kontinuierlich über die Veranstaltungen im Rahmen von Birlikte. Die Pressekonferenz zum Auftakt der Veranstaltung u.a. mit Peter Maffay, Udo Lindenberg und Wolfgang Niedecken hat bereits ein breites Medienecho hervorgerufen. Das große Abschlusskonzert an Pfingstmontag wird zudem live vom WDR übertragen, weshalb auch hier noch einmal die Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“ verstärkt in die Öffentlichkeit in Erscheinung treten wird.

Sächsischer Förderpreis für Demokratie 2013

Die Ausschreibung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie war ein großer Erfolg. Die *stern*-Kampagne „Mut gegen rechte Gewalt“ ist Medienpartnerin des Preises. Insgesamt haben sich 54 Initiativen und Projekte für den Preis beworben oder wurden vorgeschlagen.

Die Preisverleihung fand in der neuen Synagoge in Dresden statt, die für sich schon auf den historisch-politischen Kontext der Veranstaltung verweist. Gedenk- und Erinnerungskultur müssen in Sachsen eng mit einer Auseinandersetzung über Antisemitismus und Rassismus verbunden bleiben, so lange diese Diskriminierungsformen gesellschaftlich wirksam sind.

„Nicht zu weichen, sondern zu stehen. Nicht zu schweigen, sondern laut zu schreien“, appellierte auch Andreas Petzold, der Herausgeber des Magazins *stern*, in seiner Laudatio an die geladenen Gäste und die sächsische Bevölkerung. Sein Respekt galt den zehn mutigen Initiativen, die sich in Sachsen engagieren und die an diesem Abend besonders ausgezeichnet wurden. „Mut den wir alle alle brauchen“ wie er dem Publikum gegenüber betonte.

Die beiden mit jeweils 5.000 Euro dotierten Hauptpreise erhielten das Soziokulturelle Zentrum Alte Brauerei aus Annaberg-Buchholz und die AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. In Annaberg kommt es immer wieder zu rechten Übergriffen auf Flüchtlinge und unangepasste Menschen. Doch das Soziokulturelle Zentrum Alte Brauerei stellt sich schon seit Jahren mit einem breit angelegten Programm an Jugendbildung und kulturellen Veranstaltungen gegen die Aktivitäten der Freien Kameradschaften und Jungen Nationaldemokraten.

Die AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, die sich ehrenamtlich für eine dezentrale, menschenwürdige Unterbringung und Behandlung von Flüchtlingen in der Region engagiert, erhielt den zweiten Hauptpreis. Zu den großen Erfolgen der Initiative zählt, dass sie seit vergangenem Jahr 150 Asylsuchende dezentral in der Region unterbringen konnte.

Um das vielfältige und zahlreiche Engagement in Sachsen angemessen zu würdigen, erhielten weitere acht der Initiativen einen Anerkennungspreis in Höhe von 1.000 Euro. Die Abschiebungshaftkontaktgruppe Dresden und die Projektstelle „Hilfe für Menschen in Abschiebungshaft“ erhielten den Preis für die Betreuung und Beratung, mit der sie Menschen in Abschiebehaft aus ihrer Isolation holen. Die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen wurde für ihr Projekt „Mut vor Ort – geschlechterreflektierende Präventionsarbeit gegen Neonazis“ gewürdigt, der Verein Arbeit und Leben für ein Programm, das interkulturelles Lernen in Kindertagesstätten unterstützt. Für ihr Engagement gegen die NPD und andere Rechtsextreme in ihrer Stadt, erhielt die Initiative für ein weltoffenes Geithain einen weiteren Preis. An der Grenze zwischen Tschechien und Deutschland inszeniert das Projekttheater Zittau genreübergreifende Theaterproduktionen mit Roma, Tschechen und Deutschen. Mit ihrer Arbeit will die Gruppe auf die fortwährenden Diskriminierungen von Roma und Sinti in der Region aufmerksam machen und wurde dafür ebenfalls mit dem

Anerkennungspreis ausgezeichnet. Der Sächsische Flüchtlingsrat und das Kulturbüro Sachsen haben sich mit der Organisation der Initiativen-Konferenz „Asyl in Sachsen“ um den Anerkennungspreis verdient gemacht, mit der sie zur solidarischen Stärkung und weitreichenden Vernetzung von Flüchtlingsgruppen beigetragen haben.

2014 wird der Sächsische Förderpreis am 7.11. in Leipzig vergeben und, neben einer zivilgesellschaftlichen Initiative, wird erstmals eine Kommune ausgezeichnet.

II. Beraten: Operative Stiftungsarbeit

Fachstelle „Schutzschild“

Die Amadeu Antonio Stiftung baut eine Fachstelle zur bundesweiten Beratung von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren auf. Ziel der Fachstelle ist in erster Linie der Schutz von Flüchtlingen und Asylsuchenden und damit verbunden, rassistischer Hetze eine Willkommenskultur entgegenzusetzen. Sie möchte an Erfahrungen und an vorangegangene erfolgreiche Arbeit zur Mobilisierung und Vernetzung von Zivilgesellschaft, insbesondere im ländlichen Raum anknüpfen.

Doch wie kann eine solche Willkommenskultur aussehen und was ist im Vorfeld der Errichtung von Unterkünften für Flüchtlinge zu beachten? Wie können die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft mobilisiert und eingebunden werden? Wie ist es möglich, einer organisierten rechten Szene den Wind aus den Segeln zu nehmen?

Der Schwerpunkt der Fachstelle ist der ländliche Raum, aktuell vornehmlich Mecklenburg-Vorpommern. Insbesondere in vielen ländlichen Regionen Ostdeutschlands sind die Herausforderungen speziell; hier leben kaum Migrantinnen und Migranten. Dies hat auch mit einer häufig vor Ort verankerten rechten Szene zu tun. Einer der ersten Schritte der „Aktion Schutzschild“ ist daher aktuell, eine aktive Beteiligung an Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Vernetzung in Mecklenburg-Vorpommern zur Unterstützung von Flüchtlingen, wie auch die konkrete Förderung und der Ausbau dieser Netzwerke. Dennoch ist die Fachstelle nicht auf den ländlichen Raum und/oder Ostdeutschland beschränkt, sondern agiert bundesweit.

Durch Besuche vor Ort und Vernetzung mit engagierten Akteurinnen und Akteuren werden Erfahrungen und Projekte vor Ort kennengelernt. Hierbei soll eruiert werden, ob diese, und wenn ja wie, auf andere Kommunen übertragbar sind. Es werden Best-Practice-Beispiele gesammelt. Die Fachstelle schaut sich exemplarisch an, was zur Umsetzung erfolgreicher Inklusion von Flüchtlingskindern in unterschiedlichen Bundesländern, in den einzelnen Kommunen und direkt an den Schulen unternommen wird. Hier gibt es u.a. eine Kooperation der RAA Waren und der dort angesiedelten Fachberatungsstelle M-V Deutsch als Zweitsprache in der Schule, die sich schwerpunktmäßig mit Deutsch-Intensivklassen für Flüchtlingskinder an Schulen in MV beschäftigt.

Zudem kooperiert die Aktion „Schutzschild“ mit Pro Asyl. Aus dieser Kooperation sind bereits mehrere Broschüren entstanden: Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge, „Pro Menschenrechte - Contra Vorurteile. Fakten und Argumente zur Debatte über Flüchtlinge in Deutschland und Europa.“, „Refugees Welcome. Gemeinsam Willkommenskultur gestalten“

Auch dokumentiert „Aktion Schutzschild“ in einer Chronik auf Mut-gegen-rechtengewalt.de Angriffe auf Flüchtlinge, ihre Unterkünfte und Demonstrationen gegen Flüchtlinge.

Gefördert wird die Fachstelle durch die Freudenberg Stiftung.

„Fachstelle Gender und Rechtsextremismus“

Mit dem Prozess gegen Beate Zschäpe ist das Thema „Frauen und Rechtsextremismus“ mehr in den Focus geraten. Die Fachstelle wird seitens der Medien als Ansprechpartner wahrgenommen und zu verschiedenen Themen häufig befragt.

Im Jahr 2013 standen drei Themen im Vordergrund der Fachstellenarbeit:

1. Auf Anfrage des Bundesbeauftragten für sexuellen Kindesmissbrauch hat die Fachstelle das Team des Beauftragten sowie verschiedene Betroffenengruppen hinsichtlich des Umgangs mit Instrumentalisierungsversuchen durch Nazis beraten und in einem einjährigen Prozess gecoacht. Eines der zentralen Ergebnisse dieses Beratungsprozesses war eine Broschüre, die über das Thema aufklärt, Strategien der Nazis in ländlichen und urbanen Räumen analysiert sowie Handlungsempfehlungen für Professionelle verschiedener Bereiche und Zivilgesellschaft gibt (Auflage 2.500).

2. Für ein Jahr hat die Open Society Foundations in Brüssel die Fachstelle für ein Projekt gefördert, mit dem der Focus auf Wahrnehmungsdefiziten gegenüber rechtsextremen Frauen und dem Versagen staatlicher Stellen im Umgang damit lag. Schwerpunktmäßig wurde der Gerichtsprozess gegen Beate Zschäpe aus Gender-Perspektive beobachtet. Zudem wurde der Fall der Ruderin Nadja Drygalla, die 2012 die Olympischen Spiele verlassen musste, da sie mit einem Neonazi-Kader in einer langjährigen Beziehung lebte, genauer untersucht sowie fehlende Angebote für weibliche Aussteiger aus der extremen Rechten.

Die Broschüre wurde im Mai 2014 der Presse vorgestellt und sehr breit rezipiert. Besonders hilfreich war, dass konkrete Geschichten erzählt wurden, anhand derer deutlich wurde, dass der NSU in mehreren Fällen hätte aufgedeckt werden können, wenn Polizei und VS genauer hingesehen hätten und Stereotype von der „Friedfertigkeit der Frau“ und deren „Unpolitisch-Sein“ nicht den Blick verstellte.

3. Die Fachstelle führt Fortbildungen und Coachings für den Umgang mit Rechtsextremismus für verschiedene Berufsgruppen an. In Mecklenburg Vorpommern für Führungskräfte aus Kitas und Pflegeberufen, Jugendämter und Familienhilfe. Für mehrere Bereiche haben wir die Debatte darüber begonnen, dass Rechtsextremismusprävention in die curricula der Ausbildung aufgenommen werden sollte ebenso wie Debatten um die Einführung eines demokratischen Leitbildes in Institutionen wie Kitas, Fachhochschulen etc. um präventiv aber auch bei arbeitsrechtlichen Fragen handlungsfähig zu sein. Im März 2014 wurde ein Offener Brief an die Berufsverbände Sozialer Arbeit (im Nachgang der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit) gesendet, um das Thema wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Im kommenden Halbjahr soll die europäische Vernetzung im Vordergrund stehen. Hierzu wurden bereits Kontakte geknüpft, so fand im März eine europäische Tagung in der Stiftung statt zum Thema „Wahrnehmungsdefizite gegenüber rechtsextremen Frauen und Defizite staatlichen Handelns“. Hierüber sollen weitere Kofinanzierungen eingeworben werden.

Förderung: Dreilinden gGmbH

„Lola für Ludwigslust“ – Zivilgesellschaftliches Engagement und Empowerment von Mädchen und Frauen im Landkreis Ludwigslust

Seit Oktober 2013 und im März 2014 gab es die ersten, landesweiten Vernetzungstreffen zivilgesellschaftlicher Bündnisse, Vereine und Organisationen in Mecklenburg Vorpommern („Ratschlag der Bündnisse“). Lola für Ludwigslust gehört zu den Initiator/innen und Organisator/innen dieser Treffen. Die landesweite Vernetzung ist ein Schwerpunkt der Arbeit des Projekts geworden und ermöglicht es auch das Thema Gender landesweit als Querschnittsdimension in die Arbeit der Zivilgesellschaft einzubinden. Mittlerweile ist ein Netzwerk von Bündnissen, Initiativen und Vereinen entstanden. Aus dem Ratschlag der Bündnisse ist eine landesweite AG entstanden, in der Flüchtlinge und Unterstützer/innen aus der Zivilgesellschaft zusammen kommen. Die AG erarbeitet bis zum nächsten Ratschlag der Bündnisse 2014 eine Stellungnahme zur Lebenssituation von Flüchtlingen in MV, daraus abgeleiteten politischen Forderungen sowie Empfehlungen für eine Zusammenarbeit von Verwaltungen und Zivilgesellschaft zur Gestaltung einer Willkommenskultur vor Ort.

Das Projekt arbeitet weiter mit Schwerpunkt im Landkreis Ludwigslust, bringt seine Erfahrungen und Perspektiven aber landesweit ein, mit dem Ziel, die Arbeit für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus innerhalb der Zivilgesellschaft an eine Geschlechterperspektive zu knüpfen und Mädchen und Frauen zu empowern. In Ludwigslust bemüht sich Lola für Lulu um die Bildung eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses. Hierfür haben erste Gespräche und Treffen stattgefunden - u.a. mit Verwaltungsmitarbeiter/innen, Flüchtlingen, Kirche und Sozialarbeiter/innen. Politische Salons im Mai und Juli 2014 sollen der weiteren Vernetzung in der Stadt dienen.

Neben der Vernetzungsarbeit haben Recherchen zu einer Dokumentation über rechtsextreme Frauen in Mecklenburg Vorpommern die Arbeit im Projekt geprägt. Dabei ist deutlich geworden, wie groß das Wahrnehmungsdefizit gegenüber rechten Frauen in der Zivilgesellschaft ist. Ebenso ist deutlich geworden, wie wichtig ein Dialog mit den Bündnissen und Initiativen zu diesem Thema ist, da die Interviews teilweise zu dem Ergebnis geführt haben, dass die Interviewten das Thema rechte Frauen nun ernster nehmen als vor den Interviews. Nach Erscheinen der Broschüre sind Veranstaltungen mit dem Landesfrauenrat und weiteren Initiativen geplant.

Ein weiterer, neuer Schwerpunkt der Arbeit des Projekts ist Homophobie. U.a. nehmen die Mitarbeiterinnen 2014 an Arbeitsgruppen für die Erstellung des Landesaktionsplans zur Gleichstellung und Akzeptanz sexueller Vielfalt teil, hieraus hat sich ergeben, dass das Projekt nun Mitglied im Netzwerk gegen Homophobie in Mecklenburg Vorpommern ist. Es erscheint sinnvoll, die Erfahrungen des Projekts durch eine explizite Thematisierung von Homophobie strategisch zu ergänzen. Gleichzeitig bemühen sich die Projektmitarbeiterinnen darum, im Kontext der Arbeit gegen Homophobie den Zusammenhang von homophoben, transphoben und sexistischen Einstellungen und Rechtsextremismus zu thematisieren.

Förderung: Dreilinden gGmbH; Landeszentrale für politische Bildung MV sowie projektbezogen das Bundesprogramm "Toleranz fördern – Kompetenz stärken"

„ju:an – Jugendarbeit gegen Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsideologien“

Das Modellprojekt „ju:an“ kann mittlerweile auf zweieinhalb erfolgreiche Jahre der Projektarbeit zurückblicken. In den kooperierenden Jugendfreizeiteinrichtungen aus Berlin und Hannover sind in verschiedenen Veranstaltungsformaten und pädagogischen Settings Antisemitismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie Rassismus, Homophobie oder Sexismus wirksam bearbeitet worden. Die verschiedenen Konzepte und zahlreichen Veranstaltungen sind dabei mit Fachkräften und Multiplikator/innen der Jugendarbeit, Kindern- und Jugendlichen, Eltern sowie weiteren Akteur/innen aus den Sozialräumen gemeinsam erarbeitet und zusammen umgesetzt worden. So konnte unmittelbar an den Bedarfen und Bedürfnissen der Adressat/innen angesetzt werden.

Die Sensibilisierung der pädagogischen Fachkräfte, Lehrer/innen und weiteren Multiplikator/innen ist im Rahmen von diversen Team- und Arbeitssitzungen, Fallbesprechungen, Teamsupervisionen sowie einigen Fortbildungen fortgesetzt worden. Sie setzten sich beispielsweise in Trainings mit antisemitischen Argumentationen auseinander und entwickelten Strategien, um darauf reagieren zu können. Sie reflektierten ihre eigene – im Gegensatz zu einigen Jugendlichen – oftmals privilegierte gesellschaftliche Position und befragten die Konsequenzen daraus für ihr pädagogisches Handeln. Um die oft verunsichernden Diskussionen in Verbindung von Antisemitismus und Rassismus weiter anzuregen, hat das Projektteam von ju:an Schlüsselbegriffe in dem Glossar „Antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit“ zusammengetragen, erklärt und im praktischen Taschenformat als Handreichung veröffentlicht.

Jugendliche wurden vor allem in Formaten der kulturellen- und politischen Jugendbildung für unterschiedliche Formen von Diskriminierungen sensibilisiert. Sie setzten sich mit eigenen Vorurteilen und gesellschaftlichen Klischees im Theaterprojekt „Re-Acting Discrimination“ auseinander, bearbeiten im Tanzprojekt „Dancing-History“ Biografien von Sinti, Schwarzen und türkischen Jüdischen Personen zur Zeit des Nationalsozialismus und verarbeiteten eigene Diskriminierungserfahrungen in Poetry-Texten, die einem interessierten Publikum präsentiert wurden. Darüber hinaus haben sich engagierte Jugendliche und junge Erwachsene in thematischen Gesprächsrunden oder Fortbildungen unterschiedliche Perspektiven und Positionen zum Thema Nahostkonflikt erarbeitet, sich mit diversen Facetten und Auswirkungen von (z.B. antimuslimischem) Rassismus auseinandergesetzt oder besuchten gemeinsam eine Synagoge, Moschee oder die Gedenkstätte Bergen-Belsen. Nicht zuletzt um ihr Wissen als Peer-Educator (junge Multiplikator/innen) an weitere, zumeist jüngere Jugendliche weiter zu geben. Sehr bedeutsam war während der Projektlaufzeit der Einsatz emanzipatorischer Strategie- und Handlungskonzepte für Jugendliche in den Jugendeinrichtungen, die z.B. selbst von Rassismus betroffen sind. In Empowerment-Trainings konnten sich Jugendliche und junge Erwachsene in geschützten Räumen mit eigenen Erfahrungen von Rassismus oder Sexismus auseinandersetzen und durch unterschiedliche Methoden widerständige Strategien entwickeln und erproben.

Erfolgreich erprobte Konzepte und Strategien sind in die Einrichtungsstrukturen weitestgehend implementiert worden. Projektziel ist weiterhin, die Bearbeitung

Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Qualitätsmanagement der offenen Jugendarbeit zu verankern, indem beispielsweise die pädagogische Bearbeitung des Themenfelds als Querschnittsaufgabe in das „Qualitätshandbuch der Jugendfreizeitstätten“ eingeht.

Förderung: Das Projekt wurde im Jahr 2013 vom Bundesfamilienministerium, den Ländern Berlin und Niedersachsen, der Stadt Hannover und der Stiftung Pfefferwerk finanziert. Zusätzlich wurde das Theaterprojekt „Re-Acting Discrimination“ von „Jugend im Zentrum“ und für das Tanzprojekt zusätzliche Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ gefördert.

Aktionswochen gegen Antisemitismus 2013

Vom 15. Oktober bis 15. Dezember 2013 fanden die 11. bundesweiten *Aktionswochen gegen Antisemitismus* statt. Sie wurden wie schon in den Jahren 2010-12 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Die Aktionswochen haben in 2013 ein weit größeres Publikum erreicht als die Vorjahre. Seit der erstmaligen Förderung 2010 sind die *Aktionswochen* von Jahr zu Jahr gewachsen.

2013 haben sich über 170 Organisationen, Schulen, Jugendzentren und jüdische Gemeinden aus 90 Städten in allen Bundesländern mit 380 Veranstaltungen an den Aktionswochen beteiligt. Damit sind sie die bundesweit größte Kampagne gegen Antisemitismus.

Besonders erfreulich ist es, wie vor Ort die Initiative aufgegriffen wurde. In mehreren Städten schlossen sich nach dem Aufruf von uns, sich an den Aktionswochen zu beteiligen, Einzelpersonen und Initiativen zusammen und haben im Rahmen der bundesweiten Aktionswochen lokale Aktionswochen gegen Antisemitismus mit einem vielfältigen Programm aus den Boden gestampft. Vor Ort wurden eigene Programmhefte und Plakate für die lokalen Veranstaltungen erstellt; auch viele lokale Aktionswochen-Facebookseiten dokumentieren diese tolle lokale Verankerung. Viele Initiativen haben uns berichtet, dass ihre Veranstaltungen sehr gut besucht waren. Sehr erfreulich ist auch, dass dieses Jahr mehrere Faninitiativen, wie z.B. die Ultragruppe Caillera des SV Werder Bremen sich mit Veranstaltungen, die u.a. den zunehmenden Antisemitismus in deutschen Fußballstadien thematisierten, an den Aktionswochen beteiligten. So fand die Veranstaltung von Caillera zu Antisemitismus im Fußball passenderweise im Bremer Weserstadion statt.

Oftmals hat auch die Presse vor Ort im Vorfeld auf die Veranstaltungen hingewiesen oder im Anschluss über einzelne Veranstaltungen berichtet. Mancher Orts kam sogar das Regionalfernsehen, wie in Wittenberg, siehe: <http://rbwonline.de/politik.php?id=59074>

Auch unsere Presseerklärung zum Start der Aktionswochen war bundesweit in den Medien. Erfreulich war auch, dass die von uns beabsichtigte schwerpunktmäßige Thematisierung von Querfrontverbindungen in einigen Veranstaltungsreihen seinen Widerhall fand, so beispielsweise explizit in Berlin, Leipzig und Bremen.

Wiederaufbau der alten Synagoge Stavenhagen – ein Ort für Bildungsarbeit und kulturelle Angebote in Mecklenburg-Vorpommern

Im Sommer und Herbst 2013 wurde der erste Bauabschnitt fertiggestellt. Am 9.11.2013 konnten wir dies öffentlich feierlich begehen, die Presse berichtete ausführlich und das Projekt wird zunehmend als perspektivischer Ort für Bildungsarbeit, kulturelle Angebote wahrgenommen. Auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung konnten wir den Gewerken und Förderern danken und unser Nutzungskonzept vorstellen.

Für 2013 ist der zweite Bauabschnitt geplant und verschiedene Förderanträge sind gestellt. Leider lehnte die Ostdeutsche Sparkassenstiftung Mitte Mai unseren Antrag ab, so dass für die notwendige Kofinanzierung der bereits bewilligten Leader-Mittel nun weitere Anträge gestellt werden müssen. Momentan bereiten wir im Verein eine Initiative vor, mit der wir an verschiedene Geldgeber herantreten. Möglicherweise verzögert sich die Fertigstellung des Gebäudes hierdurch, das ist momentan noch nicht überschaubar.

Fördern

Geförderte Projekte 2012

Die Amadeu Antonio Stiftung hat im fünfzehnten Jahr ihres Bestehens bundesweit 94 lokale Projekte mit insgesamt 140.144,94 Euro unterstützt, die für die Förderung der Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Opfer rechter Gewalt konnten mit insgesamt 26.179,38 Euro aus dem Opferfonds CURA unterstützt werden.

2013 beschäftigten uns vor allem die Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte in ganz Deutschland. Organisiert wurden sie vielerorts durch organisierte Neonazis, die sich als Kümmerer inszenieren und vermeintlich als einzige die diffusen Ängste besorgter Bürger ernst nehmen. Die Zivilgesellschaft war gefragt, den Parolen der Rechtsextremen entgegenzutreten und sich für den Schutz von Flüchtlingen einzusetzen.

So konnte dank Förderung der Stiftung beispielsweise unweit der Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf ein Musiktheater gegen rechte Propaganda aufgeführt werden. In Hessen fördert die Stiftung eine Theatergruppe für Jugendliche mit Fluchterfahrungen, wo diese unter pädagogischer Begleitung ihre traumatischen Erfahrungen aufarbeiten können. In Potsdam konnte ein Qualifikationsprojekt unterstützt werden, das Asylsuchenden über Tätigkeiten in gemeinnützigen Projekten den Weg in Richtung Ausbildung oder Erwerbsarbeit eröffnet.

Die detaillierte Übersicht der Förderprojekte finden Sie auf der Webseite der Stiftung.

Opferfonds CURA - Betroffene rechter Gewalt werden nicht allein gelassen

Im Jahr 2013 gab es erneut viele brutale Übergriffe von Nazis. Der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung hat 24 Betroffenen rechter Gewalt und ehrenamtlichen Opferberatungsstellen finanziell unterstützt.

Mehr zur Arbeit des Opferfonds Cura finden Sie auf der Webseite des Fonds.